

Herr
DDr. Gunter Mayr
Bundesministerium für Finanzen
Johannesgasse 5
1010 Wien
Österreich

Per E-Mail an:
e-recht@bmf.gv.at

Kontakt
Mag. Vera Fahrnberger
DW 213

Datum
18.06.2026

Unser Zeichen
20/2026

Ihr Zeichen
2026-0.491.704

Stellungnahme zur Begutachtung – Änderung der Sachbezugswerteverordnung

Sehr geehrter Herr Sektionschef DDr. Gunter Mayr,
sehr geehrter Herr Silberschneider, LL.M.

Oesterreichs Energie bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum
übermittelten Verordnungsentwurf.

Der Entwurf sieht vor, dass für emissionsfreie Dienstfahrzeuge ab dem Kalenderjahr 2027 ein Sachbezugswert von 0,375 % der tatsächlichen Anschaffungskosten, maximal 180 Euro monatlich, und ab dem Kalenderjahr 2028 ein Sachbezugswert von 0,625 %, maximal 300 Euro monatlich, angesetzt wird. Damit wird die bisherige steuerliche Gleichstellung der privaten Nutzung eines emissionsfreien Dienstfahrzeugs mit einem Sachbezugswert von null beendet. Diese Änderung wird abgelehnt.

Betriebliche Flotten sind ein zentraler Hebel für den Hochlauf der Elektromobilität. Ein erheblicher Teil der Pkw-Neuzulassungen erfolgt über Unternehmen, Gebietskörperschaften und sonstige juristische Personen. Dienstwagen gelangen zudem nach relativ kurzer Haltedauer in den Gebrauchtwagenmarkt und ermöglichen damit auch privaten Haushalten einen kostengünstigeren Zugang zu Elektromobilität. Eine Schwächung dieses Erstmarktes wirkt daher mittelbar auch auf den privaten Gebrauchtwagenmarkt und verzögert die Marktdurchdringung emissionsfreier Fahrzeuge.

Der Null-Sachbezug ist ein klarer, verständlicher und administrativ einfacher Anreiz, der Planungssicherheit für Unternehmen und Arbeitnehmer:innen schafft und ein wesentliches Argument für die Umstellung auf batterieelektrische Fahrzeuge liefert.

Die nun vorgesehene Änderung reduziert diesen Vorteil erheblich. Für betroffene Arbeitnehmer:innen entsteht ab 2028 ein zusätzlicher steuerpflichtiger Vorteil von bis zu 3.600 Euro pro Jahr. Je nach individueller Abgabenbelastung führt dies zu einer

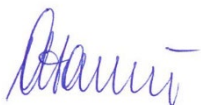
spürbaren Netto-Mehrbelastung. Auch für Arbeitgeber:innen steigen die lohnabhängigen Nebenkosten. Diese Mehrbelastung trifft die Elektromobilität in einer sensiblen Markthochlaufphase. Gerade in Unternehmensflotten werden Fahrzeugentscheidungen langfristig getroffen. Fuhrparkstrategien, Leasingverträge, Ladeinfrastrukturinvestitionen und betriebliche Mobilitätsmodelle beruhen auf stabilen regulatorischen Rahmenbedingungen. Eine kurzfristige Abkehr vom Null-Sachbezug untergräbt diese Planungssicherheit und erhöht die Investitionszurückhaltung.

Internationale Studien¹ belegen, dass steuerliche Anreize im Bereich von Dienstwagen einen erheblichen Einfluss auf die Wahl der Antriebstechnologie haben. Eine europäische Untersuchung kommt zum Ergebnis, dass ein jährlicher steuerlicher Vorteil von 1.000 Euro den Marktanteil batterieelektrischer Fahrzeuge signifikant erhöhen kann. Die geplante Einführung eines Sachbezugs wirkt in die entgegengesetzte Richtung und schwächt damit einen nachweislich wirksamen Hebel für die Elektrifizierung betrieblicher Flotten.

Aus klimapolitischer Sicht ist die Maßnahme ebenfalls problematisch. Der Verkehrssektor zählt weiterhin zu den größten Herausforderungen der österreichischen Klimapolitik. Die Elektrifizierung des Pkw-Bestands ist ein wesentlicher Baustein zur Reduktion von Treibhausgasemissionen, zur Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Kraftstoffen und zur Erreichung der nationalen und europäischen Klimaziele. Batterieelektrische Fahrzeuge verursachen über ihren Lebenszyklus bereits heute rund 70 % weniger THW-Emissionen als vergleichbare Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor. Eine steuerliche Verschlechterung für emissionsfreie Dienstfahrzeuge läuft daher dem Ziel entgegen, emissionsfreie Antriebe rasch in den Bestand zu bringen.

Oesterreichs Energie ersucht daher, von der geplanten Einführung eines Sachbezugs für arbeitgebereigene Kraftfahrzeuge mit einem CO₂-Emissionswert von 0 Gramm pro Kilometer Abstand zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen



MMag. Michael Baminger, E.M.B.L.-HSG
Präsident



Dr. Barbara Schmidt
Generalsekretärin

¹ Schub, H., Plötz, P., Sprei, F. (2025). Electrifying company cars? The effects of incentives and tax benefits on electric vehicle sales in 31 European countries. Energy Research and Social Science, 120.
<http://dx.doi.org/10.1016/j.erss.2024.103914>